



„Wir wollen keine Republika Srpska im Kosovo“

INTERVIEW Enver Hoxhaj, kosovarischer Außenminister, über Vergangenheitsbewältigung

Franziska Tschinderle (Text),
Martin Valentin Fuchs (Fotos),
Julien Primout (Layout)

Der kosovarische Außenminister Enver Hoxhaj im Gespräch über neun Jahre Unabhängigkeit, den Umgang mit der Vergangenheit und das immer noch gespaltene Verhältnis zu Serbien.

Tageblatt: Seit Ende des Krieges im Jahr 1999 soll es keine derart scharfe Rhetorik zwischen Pristina und Belgrad gegeben haben. Wie geht der Kosovo mit den jüngsten Spannungen um?

Enver Hoxhaj: Wir wollen keine Kriegsrhetorik schüren. Aleksandar Vucic hingegen betreibt einen Informationskrieg nach russischem Stil. Ich möchte unsere Außenpolitik nicht auf harter Sprache, sondern auf Prinzipien aufbauen. In den letzten sechs Monaten kam es zu einer Kette von Ereignissen, mit denen der Kosovo bewusst provoziert werden sollte. Der Propagandazug, die Mauer in Mitrovica und die Verhaftung von Ramush Haradinaj in Frankreich waren keine isolierten Ereignisse. Wir sollten darauf reagieren und bestimmte Fehler machen. Wir sind entschieden, dass wir unsere territoriale Integrität schützen müssen, wie es jedes demokratische Land in der Welt tun würde.

Am Dienstag wurde im kosovarischen Parlament erneut über die Notwendigkeit einer

eigenen Armee diskutiert. Gerade jetzt ein ungünstiger Zeitpunkt?

Die Armee hätte es schon Mitte 2013 geben sollen. Meiner Meinung nach hat das nichts mit Serbien zu tun, sondern mit unserem internen Staatsbildungsprozess, den wir seit Jahren voranzutreiben versuchen. Zu einem Staat gehört eine Armee dazu. Das ist nicht nur der Wunsch der Kosovaren, das ist auch im Ahtisaari-Plan vorgesehen. Dieser besagt, dass wir zuerst eigene Sicherheitskräfte und später eine eigene Armee haben sollten. Das ist nicht nur aufgrund neuer Sicherheits Herausforderungen zentral, sondern auch für eine NATO-Mitgliedschaft. Man kann nicht Mitglied in einer Allianz wie der NATO sein, wenn man keine Armee zu Hause hat.

Die Srpska Lista, die Vertretung der serbischen Minderheiten im kosovarischen Parlament, boykottiert diesen Schritt. Serbien spielt also doch eine Rolle ...

Die Srpska Lista vertritt leider nicht die Rechte der Serben, die im Kosovo leben, sondern die Interessen von Belgrad. Das ist der Grund, warum sie bisher keinen Willen gezeigt haben, um für ein solches Heer zu stimmen. Wir werden in Zukunft noch mehr tun, um die Kosovo-Serben auf allen Ebenen der Regierung zu integrieren.

Im Norden des Landes mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung scheint das



Dass sich die Mehrheit der Menschen als Albaner fühlen, ist in Ordnung und wird auch so bleiben

schwerzufallen. Wie viel Kontrolle hat die kosovarische Regierung in diesen Regionen?

Viel mehr als noch vor vier Jahren. Der entsandte Propagandazug hat gezeigt, dass wir das Land kontrollieren und dass Belgrad nicht imstande ist, unsere Souveränität zu verletzen. Wir arbeiten daran, die 30.000 Serben im Norden in staatlichen Strukturen, in Politik, Wirtschaft und Kultur zu integrieren. Parallelstrukturen wurden zum Großteil abgeschafft. Der Norden ist ein Teil vom Kosovo und wird ein Teil vom Kosovo bleiben.

Wer durch den Norden der geteilten Stadt Mitrovica spaziert, bekommt einen anderen Eindruck: Plakate von Aleksandar Vucic und serbi-

sche Flaggen an jeder Straßenecke. Belgrad bezahlt Rechnungen für Strom, Gas oder Wasser.

Das ist eine Taktik, um Kontrolle zu behalten. Auch Renten und Sozialversicherungen werden finanziert. Der Brexit und die jüngsten Krisen der Europäischen Union, aber auch Krisen in Moldawien, Rumänien und der Ukraine haben dazu beigetragen, dass Belgrad weiterhin versucht, sein Glück außerhalb ihrer Grenzen zu finden. In Bosnien hat Präsident Tomislav Nikolic am 9. Januar an einem Marsch gegen die bosnische Verfassung teilgenommen.

Mehrheitlich von Serben besiedelte Gebiete wollen sich zu einem Gemeindeverband zusammenschließen. Wie viel Autonomie soll ein solcher Verband erhalten?

Wir haben das Abkommen vor den Verfassungsgerichtshof gebracht, der in weiterer Folge Empfehlungen abgegeben hat. Wir werden den Verband auf Basis dieses legalen Rahmens gründen. Es gibt den Willen dazu, dass sich die mehrheitlich von Serben bewohnten Regionen bei bestimmten Themen koordinieren können. Der Verband wird aber nicht so aussehen, wie sich das Belgrad zu erhoffen scheint.

Kein autonomer Verband mit einem Präsidenten, Flagge, Verfassung und Polizei?

Das ist ein Witz, der immer wieder erzählt wird. Aber wir wollen keine Republika Srpska. Wir re-

den von 30.000 Menschen im Norden, die in vier Gemeinden leben, nicht von einer halben Million.

Die Oppositionspartei Vetëvendosje gewinnt Wähler, nicht zuletzt, weil sie vor einem „Staat im Staat“ warnt, der durch den serbischen Gemeindeverband entstehen könnte.

Es ist keine Erfindung des Kosovo, dass komplexe Themen für innenpolitische Zwecke missbraucht werden. Der Dialog zwischen Kosovo und Serbien ist so ein Thema. Was ich mit Sicherheit sagen kann, ist, dass Kosovo seinen demokratischen, multiethnischen Weg nicht aufgeben wird. Wir werden weiterhin mit Serbien verhandeln. Dialoge sind Instrumente für eine zivilisierte Gesellschaft.

In Pristina werden gerade überall Flaggen aufgehängt, als Vorbereitung für den Unabhängigkeitstag. Wie stark verankert ist die Identität der Kosovaren?

Kosovo hat als Staat eine politische Identität. Dass sich die Mehrheit der Menschen als Albaner fühlen, ist in Ordnung und wird auch so bleiben. Immerhin sind über 93 Prozent der Bevölkerung albanisch.

Wir haben eine eigene Flagge und staatliche Symbole, aber unsere Regierung versucht nicht, eine neue Identität zu schaffen. Die Judoka Majlinda Kelmendi oder die Sängerin Rita Ora sind neue Heldinnen, auf die wir unglau-



lich stolz sind. Sie vertreten sowohl den Kosovo als Staat als auch albanische Identität.

Kosovo ist neben der Ukraine das einzige Land in Europa ohne Visafreiheit. Vor allem die junge Bevölkerung ist frustriert von den bürokratischen Behördengängen. Oft müssen sie ein halbes Jahr auf einen Bescheid warten.

1993 habe ich den Kosovo verlassen, um in Wien zu studieren. Ich glaube, das war eine gute Entscheidung. Aber heute haben die Menschen nicht einmal die Möglichkeit, nach München zu gehen, um sich dort ein Bayern-Spiel anzusehen. Eine offene, moderne Gesellschaft braucht Freiheit. Die Ausreisewelle in den Jahren 2014 und 2015 war auch eine Folge der Isolierung und des Mangels an Visafreiheit. Wenn man sich wie auf einer Insel fühlt, will man erst recht weg.



Selbst 17 Jahre nach dem Krieg hat Serbien nie Interesse gezeigt, sich dafür zu entschuldigen, was im Kosovo, aber auch in Bosnien und Kroatien geschehen ist

Gestern hat Präsident Hashim Thaçi seine Pläne für eine Versöhnungskommission vorgestellt. Viele albanische Familien sind noch nicht bereit, zu verzeihen, weil die Täter nie zur Rechenschaft gezogen wurden. 1.660 Menschen werden nach wie vor vermisst.

Selbst 17 Jahre nach dem Krieg hat Serbien nie Interesse gezeigt, sich dafür zu entschuldigen, was im Kosovo, aber auch in Bosnien und Kroatien geschehen ist. Ich verstehe die Wut der Menschen, die immer noch jemanden vermissen. Wir sind gezwungen, eine Brücke zwischen einer schwierigen Vergangenheit und einer besseren Zukunft aufzubauen. Wir müssen nach vorne schauen, ohne zu vergessen, was passiert ist. Die politischen Verhältnisse am Balkan haben sich verbessert. Auch vonseiten der Gesellschaft muss es zu einem Versöhnungsprozess kommen.

Sie haben in Wien Geschichte studiert. Die NGO Youth Initiative kritisiert, dass in Schulbüchern ein verzerrtes Geschichtsbild vermittelt wird.

Ja, wir haben ein Problem damit, wie und was unsere Kinder über den 24. März 1999, den ersten Tag der NATO-Luftangriffe, lernen. Albaner und Serben haben zwei verschiedene Interpretationen. Für die einen ist es die Befreiung, für die anderen ein krimineller Akt des Westens.

Doch nicht nur in Schulbüchern kommt es zu verzerrten Interpretationen. Die serbische Zeitung Srpski Telegraf schrieb letzte Woche, dass „Erdogan Thaçi Kampfjets schenkt, um Serben im Kosovo zu töten“. Wie groß ist das Thema Fake-News im Kosovo?

Ich habe ein eigenes Team, das sich damit beschäftigt. Ich wusste bereits fünf Wochen vorher, dass dieser Zug kommen würde. Vucic war unter Slobodan Milošević Propagandaminister. Er weiß genau, wie man das macht. Bis die Wahlen in Serbien vorbei sind, wird es weiterhin solche Schlagzeilen geben.

Ist die Sicherheitslage im Kosovo durch einen US-Präsidenten Trump gefährdet?

Nein. Die Vereinigten Staaten werden ein Partner des Kosovo bleiben und wir können weiter auf Unterstützung zählen. Das gilt auch für andere Länder in der Region. EU und USA haben eine Menge Zeit in den Kosovo investiert. Sie werden nicht zulassen, dass Putin seinen Einfluss ausweitet.

23 der 28 Mitgliedsländer der EU und 113 der 193 UNO-Mitgliedstaaten erkennen den Kosovo an. Mit welchen neuen Ländern gibt es derzeit Verhandlungen?

Wir haben kürzlich die Anerkennung von Singapur bekommen. Wir haben vier Jahre lang daran gearbeitet, seit meinem ersten Besuch vor Ort. Ich möchte nicht für andere Regierungen sprechen, aber für dieses Jahr rechne ich damit, dass fünf bis sieben Staaten dazukommen werden.

